

Beschluss des Landrats vom 21.03.2019

Nr. 2561

15. Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand») 2019/180; Protokoll: ble, bw, gs, ps, mko

Zur Resolution erklärt Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP): Gemäss § 39 Absatz 3 Landratsgesetz gilt eine Resolution als zustande gekommen, wenn zwei Drittel der Ratsmitglieder, also mindestens 60 Landrätinnen und Landräte, ihr zustimmen. Der Regierungsrat kann zum Resolutionsbegehren Stellung nehmen. Im vorliegenden Fall verzichtet er auf eine Stellungnahme.

Bereits vor drei Wochen wurde über die Vorlage diskutiert; es ging damals grundsätzlich um die Dringlichkeit. Es liess sich aber nicht verhindern, dass daraus schliesslich eine thematische Diskussion wurde. Daher wurde dem Landratspräsidenten die kritische Frage gestellt, warum das Geschäft schon heute wieder traktandiert werde, nachdem die Dringlichkeit nicht gewährt worden war. Und warum der Vorstoss dementsprechend nicht wie üblich zuhinterst in der Pipeline aufgenommen werde.

Es war ein einstimmiger GL-Entscheid, den Vorstoss an der heutigen Landratssitzung zu traktandieren. Begründung: Es ist wichtig, dass das Thema noch präsent ist und alle noch wissen, zu welchen Bereichen sie sich inwiefern und wie lange geäussert haben. Man erhofft sich dadurch eine gewisse Effizienzsteigerung in Bezug auf die heutige Debatte. Die Urheberin hat die Resolution bereits an der letzten Sitzung ausführlich erläutert, wünscht aber auf Nachfrage nochmals das Wort.

Désirée Jaun (SP) erläutert: Am vergangenen Montag hat in diesem Raum eine angemessene Würdigung der Klimabewegung stattgefunden. Einige Schülerinnen und Schüler erhielten, stellvertretend für die zehntausenden Menschen aus der Region, die sich für den Klimaschutz einsetzen, den Naturschutzpreis, der jährlich von Pro Natura verliehen wird. Den jungen Menschen wurde gedankt und sie wurden ermutigt, sich weiter zu engagieren. Ihnen wurde Hoffnung gemacht, dass sie gehört werden und dass endlich auch seitens Politik Taten folgen. Am heutigen Tag, also nur drei Tage später, hat der Landrat im gleichen Saal die Möglichkeit, einen ersten Schritt zu machen und zu zeigen, dass er es ernst meint mit dem Klimaschutz und bereit ist, den Klimawandel als das zu anerkennen, was er ist: die dringlichste Herausforderung unserer Zeit, welcher mit höchster Priorität entgegengetreten werden muss; und zwar jetzt, bevor die Herausforderung noch grösser wird.

Und genau das würde man mit der Zustimmung der vorliegenden Resolution machen, wie es im Kanton Basel-Stadt geschehen ist – unter anderem mit der Unterstützung der FDP. Man würde Verantwortung übernehmen und Farbe bekennen. Man würde anerkennen, dass die Bekämpfung und Eindämmung der Folgen des Klimawandels prioritär behandelt werden müssen und sich dazu bekennen, dass bei zukünftigen Geschäften auch die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt werden – und diese Aspekte in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Die Politik muss das Problem ganzheitlich angehen. Das geht nur, wenn nicht nur ökonomische, sondern auch ökologische Blickwinkel eingenommen werden. Man würde auch festhalten, dass Geschäfte vorzuziehen sind, die den Klimawandel eindämmen oder dessen Folgen abschwächen. Zudem würde man sich für die Behandlung zukünftiger Massnahmen an den Berichten des Weltklimarates orientieren. In diesem zwischenstaatlichen Ausschuss tragen tausende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt anerkannte Erkenntnisse und Fakten aus allen Forschungsbereichen zusammen und bewerten diese wissenschaftlich und objektiv. Die Erkenntnisse werden regelmässig in einem Bericht veröffentlicht. In den Berichten werden – ohne politische Wertung –

Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Diese fundierten Informationen sollte auch das Parlament in seine Entscheidungen und sein Handeln einbeziehen, ohne alles übernehmen zu müssen. Im letzten Punkt fordert die Resolution, dass die Bevölkerung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen, die entsprechenden Auswirkungen sowie die geplanten Massnahmen informiert wird. Denn die Bevölkerung hat das Recht, transparent informiert zu werden und zu wissen, wie es um ihre Lebensgrundlage steht.

An der letzten Landratssitzung wurde mehrfach betont, dass man den vorliegenden Forderungen bereits nachkommt und schon Vieles macht. Umso besser! Mit der Zustimmung zur Resolution können diese Bekenntnisse bestärkt und Richtlinien gesetzt werden, nach denen jetzt zu handeln ist, und zwar nachhaltig. Mit der Zustimmung zur Resolution und der Ausrufung des Klimanotstandes im Kanton Basel-Landschaft übernimmt der Landrat Verantwortung und trägt die Stimme der Bevölkerung, die regelmässig auf die Strasse geht und für den Klimaschutz einsteht, in die Politik. Der Landrat geht das Problem geschlossen, systematisch und vehement an und lässt auf Parlamentsebene Taten folgen. Hier und jetzt. Es braucht endlich politisch greifbare Massnahmen. Man kann die Lösung nicht länger auf die individuelle Eigenverantwortung abschieben.

Die SP-Fraktion unterstützt die vorliegende Resolution einstimmig. Wie bereits am vergangenen Montag, soll auch heute in diesem Raum Geschichte für den Klimaschutz geschrieben werden.

Andi Trüssel (SVP) ist darüber erstaunt, was in einem Wahljahr alles dafür herhalten muss, um auf populistische Weise Aufmerksamkeit erzeugen zu können. Der Redner wird den Eindruck nicht los, dass die Schweiz die einzige Klimaverursacherin ist. Vor drei Jahren wurde in diesem Saal das Energiegesetz ohne Gegenstimme verabschiedet. Mittlerweile gibt es leider das Energiegesetz 2050, welches die CO₂-freie Energieproduktion, die Elektroenergie, praktisch lahmlegt. Man hofft, das Ausland liefert dann schon. Im Ausland denkt man aber dasselbe. Wer in Europa soll dann schliesslich das Defizit decken und womit? Die Schweiz und damit auch das Baselbiet sind unter den industriell hochentwickelten Ländern am Schluss der Rangliste, welche den CO₂-Ausstoss pro Franken des Bruttoinlandprodukts wiedergibt (Stand 2016). Die Schweiz hat also am wenigsten CO₂-Ausstoss, trotz der noch hervorragend funktionierenden Wirtschaft. Der Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoss liegt unter einem Promille. Unabhängig der im Inland getroffenen Massnahmen wird dies keinen Einfluss auf den weltweiten Ausstoss haben. Möchte man die 39 Mrd. Tonnen auf null zu setzen, interessiert das weder China, Indien, USA noch Südamerika. Es ist zu wünschen, dass Bundesbern, welches die Gesetzesrevisionen im CO₂-Bereich vornimmt, die internationale Faktenlage berücksichtigt. Man kann Arbeitsplätze mit zusätzlichen Massnahmen weiterhin verteuern und die wertschöpfende Industrie und die KMU ins Ausland dislozieren lassen. Der Votant fragt sich, ob mit Dienstleistungen der Lebensstandard erhalten werden kann. Ein Jahr umfasst ungefähr 525'000 Minuten. Der CO₂-Gesamtausstoss des Baselbiets beträgt genau 22 Minuten und daran soll noch korrigiert werden. Das Verkehrsaufkommen hat in den letzten 20 Jahren um 50 Prozent zugenommen. Dank der Technologie haben aber Stickoxide um 70 Prozent abgenommen. So ist das Heil in der Technologie und nicht in einer zahnlosen Resolution zu finden. Schaut man sich an, wie die grüne Welle durch die Städte mit roten Wellen verhindert wird, verursacht dies wiederum CO₂ und Stickoxide. Der Individualverkehr in den Städten lässt sich nicht verhindern. Zusätzlich kommt das von Menschen gemachte CO₂, das in der Schweiz durchschnittlich 168 kg pro Jahr beträgt. So entstehen allein etwa 4 Mrd. Tonnen CO₂ durch das Ausschnaufen der 8,5 Mio. Erdenbürger in der Schweiz. Man könnte ja mal ein Jahr lang den Atem anhalten.

Dass die Jugend das Recht hat, aufmüpfig zu sein, ist unbestritten. Dieses Recht sollen sie aber in der Freizeit wahrnehmen und nicht während der Schulzeit. In der Schulzeit soll die Gelegenheit genutzt werden, sich über Physik und Chemie mit dem Thema auseinanderzusetzen. Denn jeder, auch hier im Landrat, ist im Besitz eines mehr oder weniger modernen Mobiltelefons. Niemand

macht sich Gedanken darüber. Ein Googleklick braucht 0,3 Wattstunden. Bei ungefähr 3,5 Mrd. Mobiltelefonen kann man sich vorstellen, was das zur Folge hat. Es ist bekannt, dass für den Unterhalt sämtlicher für Social Media zuständigen Serverfarmen mittlerweile mehr elektrische Energie benötigt wird, als für die produzierende Industrie. Damit ist natürlich viel gewonnen. Die Serverfarmen laufen aber nicht mit Flatterstrom, sondern benötigen Grundlast. Auch das Material für die Mobiltelefone ist ein Thema. Es braucht Lithium, Kobalt, seltene Erden, etc. Da macht man sich keine Gedanken, wo diese hergestellt werden, nämlich im Fernen Osten, in Südamerika und in Afrika. Der Votant nennt dies Waschküchenchemie. In der Schweiz wären diese Produktionen gar nicht erlaubt. Ganz nach dem Motto «Aus den Augen aus dem Sinn» wird hier St. Florians-Politik betrieben. Die SVP-Fraktion ist dezidiert gegen die Resolution, da sie keine Vorschläge, geschweige denn Strategien beinhaltet. Es soll nach dem vor drei Jahren abgesegneten Energiegesetz gehandelt werden.

Christoph Häring (SVP) hält die Diskussion über den Klimanotstand für hervorragend inszeniert und zwar mit Angst. Es gibt für die Jugendlichen keine Argumente dagegen. Angst war jedoch noch nie ein guter Ratgeber. Die Wahlkampfandbiederung im Saal an die Jugend, welche dem Greta-Hype folgt, ist nur noch peinlich. Der Votant hat ebenfalls Kinder und sogar Grosskinder. Climate Change findet statt. Das stellt niemand in Frage, auch nicht die SVP-Fraktion. Wer eine Netto 0 Strategie ohne Wirkungsanalyse der Massnahmen fordert, politisiert grob fahrlässig. Der immer wieder bemühte Konsens von 97 Prozent der Wissenschaftler bezieht sich auf die Feststellung, dass eine Klimaerwärmung stattfindet und die anthropogenen Emissionen dazu beitragen. Wie sich das auswirkt, darüber besteht kein Konsens. Über die zukünftige Klimaentwicklung besteht ebenfalls kein Konsens. Die alarmistischen Szenarien sind Meinungen und nicht Wissen und kommen der Verteufelung eines einzelnen, lebensnotwendigen Spurengases gleich. Wahrscheinlich ist der Mensch doch noch demütig genug, dass er sich nie anmass, die Sonnenaktivität steuern zu wollen.

Bereits vor 40 Jahren kündigte «The Club of Rome» die Grenzen des Wachstums an. Ulrich von Weizsäcker und Amory Lovins formulierten 20 Jahre später mit Faktor vier, also doppeltem Wohlstand bei halbiertem Ressourcenverbrauch, Lösungsvorschläge. All dies ist bekannt, dennoch wird nicht einmal das elementar Machbare umgesetzt. Die Schüler sind Trittbrettfahrer des ungebremsen Wohlstands. Auf den ungebremsen Spass möchte die sogenannte no future-Jugend dann doch nicht verzichten. Es geht also schlussendlich um die Umverteilung von Wohlstand. Um am Vorredner anzuknüpfen: Die 99,8 Prozent vom Rest der Welt strebt den Wohlstand noch an und zwar ohne irgendwelche Vorschriften.

Es wäre gut, würden ein Teil der Jugendlichen bei den Kollegen des Redners in Maisprach, in Häfelfingen oder in Reigoldswil drei Monate auf einem Bauernhof leben und arbeiten würden, um zu merken, wie einfach und relativ grün das dortige Leben ist. Bekanntlich ist das Verzichtspotential offensichtlich nicht sehr hoch. Schon ein Prozent Lohneinschnitt beim Staat ist bereits eine masslose Überforderung und ein Kaputtsparen. Konkret: Der Import von Energiestahl aus Fernost für Schulhäuser und Sammlungscentren ist unumkehrbar und wird von der Gegenseite akzeptiert, selbst wenn es lokale Ressourcen gäbe. Als nächstes kommt die Anpassung vergoldeter Schulhausfassaden in Liestal. Es bleibt keine andere Wahl als Innovation. Es besteht kein Notstand, aber bezüglich Ressourceneffizienz und Effektivität wurde nichts begriffen. Man tut vor allem gut daran, die hier noch aktive wertschöpfende Wirtschaft zu erhalten. Das damals prosperierende Novartisareal im Industriegebiet «Schweizerhalle» ist praktisch produktionsleer. Es braucht also keine neuen Industrieareale mehr. So viele Staatsstellen für die Jugendlichen gibt es allerdings noch nicht und es braucht eine aktive Wirtschaft, um die weltweit höchste Lebensqualität erhalten zu können. Der Votant empfiehlt dringend, den Notstand zu relativieren und die Resolution abzulehnen.

Felix Keller (CVP) ist froh, dass die Dringlichkeit an der letzten Landratssitzung abgelehnt wurde. So konnte die Zeit genutzt werden, sich intensiv mit der Thematik auseinanderzusetzen. Dies dient einer vertieften Diskussion. Die Mitglieder der CVP/BDP-Fraktion nutzten jedenfalls die Zwischenzeit dafür.

Es gibt Zahlen, Daten und Fakten, die sich nicht leugnen lassen, wie auch die Tatsachen, dass Temperaturschwankungen bestehen und die Erderwärmung in den letzten 40 Jahren zugenommen hat.

Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für die Kinder und Kindeskiner ist für die CVP als Familienpartei selbstverständlich. Die Umwelt zu schützen bedeutet letztlich, all das zu erhalten, was die nachfolgenden Generationen für ihr Leben brauchen: Intakter Boden für die Produktion von Lebensmitteln, wohltuende Landschaft für die Erholung, sauberes Trinkwasser und Luft, ein intaktes Klima, Artenvielfalt und vieles mehr. Die Schweiz erbringt eine grosse Leistung für den Erhalt dieser Werte. Der Kanton Basel-Landschaft hat aktiv und als Vorbild bei den Errungenschaften für die Natur und den Umweltschutz mitgearbeitet. Die CVP spielte dabei seit jeher eine zentrale Rolle. Bereits 1964 reichte der CVP-Nationalrat Julius Binder (AG) eine Motion für ein Gesetz zum Schutz der Umwelt ein. Das Resultat lag 1971 vor: 1,23 Mio. der Stimmberechtigten stimmten der Gesetzesänderung zu, 96'000 lehnten sie ab. Seither geschah einiges. Das Umweltschutz- und Energiegesetz wurde immer wieder und zu Recht verschärft. Das insbesondere auch im Baselbiet. Das Energieförderprogramm ist im Baselbiet eine Erfolgsgeschichte. Dank diesem wurden viele Liegenschaften wärmetechnisch gedämmt und Ölheizungen ersetzt. Auch die Baunormen der SIA wurden laufend den neusten Energiestandards angepasst.

Dem Klimawandel muss mit einem einheitlichen Ansatz begegnet werden. Es braucht sowohl eine Reduktion der Emissionen als auch eine Anpassung an die veränderten Bedingungen. Dazu bot die CVP immer Hand. Denn der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen als Teil einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik ist für die CVP eine Selbstverständlichkeit.

Das Schweizer Stimmvolk hat im Mai 2017 mit der Annahme der Energiestrategie 2050 wichtige und zukunftsweisende Weichen im Energiebereich gestellt. Im Rahmen des Klimaübereinkommens von Paris erklärte auch die Schweiz, eine Verminderung der Treibhausgasemissionen um 50 Prozent erreichen zu wollen. Im Zuge der Revision des CO₂-Gesetzes hätte dieses Ziel im Gesetz verankert werden sollen. Die CVP unterstützte dies. Leider wurde das Gesetz auf Bundesebene von den beiden Polparteien im Nationalrat versenkt.

Die CVP/BDP-Fraktion begrüsst und unterstützt, dass sich weltweit Schülerinnen und Schüler vertieft mit dem Klimawandel auseinandersetzen und für ihre Zukunft kämpfen. Dazu haben sie das Recht, denn sie haben noch ein langes Leben vor sich. Der Landrat steht in der Verantwortung, ein intaktes Lebensumfeld zu hinterlassen. Der Druck auf die Politik ist das eine. Das andere ist die Eigenverantwortung: Jeder muss sich fragen, was er zum Erhalt der Umwelt beitragen kann. Mittlerweile führt man Polterabende auf Mallorca oder in Las Vegas durch. Wieso dies nicht mehr in der Steinenvorstadt möglich ist, versteht der Redner nicht. Am Freitag sieht man am Flughafen viele Jugendliche, welche über das Wochenende nach Barcelona, Kopenhagen, usw. reisen. Weniger Fast Food und Waste Food ist ein grosser Beitrag, den jeder leisten kann.

Die CVP/BDP-Fraktion unterstützt die Resolution. Mit der Überweisung der Resolution wird der Jugend signalisiert, dass sie gehört wurde und ernst genommen wird. Das hat die Jugend verdient.

Stephan Ackermann (Grüne) geht davon aus, dass die Anwesenden sich ausmalen können, wie die Grüne/EVP-Fraktion zur Resolution steht. Einerseits geht es ganz klar um die Erhaltung der Schöpfung, andererseits um Kernanliegen der Grünen, welche auf der Strasse sehr vehement vertreten werden.

Der Redner fand die beiden Votanten der SVP-Fraktion beeindruckend. Das ist der Punkt: Zusammen müssen die Herausforderungen angegangen und gelöst werden. Dass Herausforderun-

gen da sind, ist unbestritten. Wie macht man das? Es geht nicht darum, welche Partei als erstes einen Vorstoss eingereicht hat oder seit wann ein Energiegesetz besteht. Zentral ist, wie man in die Zukunft geht und was heute beschlossen wird. Ist man bereit, miteinander den Wohlstand zu bewahren, ohne ihm die Umwelt zu opfern, und wie lässt sich dies erreichen? Der Votant ist davon überzeugt, dass dies gemeinsam erreicht werden kann. Da setzt die Resolution an: Wie werden anstehende Geschäfte beraten und wo werden Schwerpunkte gesetzt? Wird der Fokus immer auf das Klima gelegt, erreicht man auch etwas. Das soll das Ziel sein. Der Redner appelliert an den Landrat, keine St. Florians- oder Vogel Strauss-Politik zu betreiben und den Ideen Taten folgen zu lassen. Die Resolution sagt nicht mehr, als dass bei allen Geschäften der Umweltaspekt beachtet werden muss.

Rolf Richterich (FDP) überlegt sich, ob es sich bei dem Pamphlet, das als Resolution vorgelegt wurde, um eine Copy/Paste- und Übersetzungsarbeit von irgendwoher handelt, wo wirklich ein Klimanotstand herrscht, oder um einen Vorstoss, den eine Landrätin für das Baselbiet verfasst hat. Ist das zweite der Fall, dann hat man offenbar nicht alles mitbekommen, was in letzter Zeit im Baselbiet beschlossen wurde. Interpretiert man die erste Variante der Resolution, hat man wohl beispielsweise eher China im Auge. Im Energiemix von China kommt der Begriff «erneuerbare Energie» nicht einmal vor. Primär handelt es sich dabei um fossile Brennstoffe und Kernkraftwerke. Kollege Häring erwähnte den Importstahl: Daran hängt tatsächlich eine extreme CO₂-Etikette wie auch an jedem Mobiltelefon. Liest man in der Beschreibung eines 100 Prozent Elektroautos unter CO₂-Ausstoss eine andere Zahl als null, fragt man sich, wieso. Aus der Schweiz stammt das Auto kaum. In China und grossen Teilen der Welt ist es normal, fossile Brennstoffe zu verstromen. Mit dreckiger Kohle wird elektrische Energie produziert. Da würde die Resolution Sinn machen. Aber im Baselbiet nicht. Hier muss der Fokus anders gelegt werden. Man muss schauen, was bereits erreicht wurde. Es wurden Massnahmen beschlossen und man ist schon sehr weit bei der Umsetzung der Zielsetzungen. Demnächst wird auch Geld gesprochen und die Finanzierung sichergestellt. Dann wird man ein Päcklein geschnürt haben, das, hätte man es auf der ganzen Welt geschnürt, die Diskussionen über die Klimaprobleme beenden würde. Das Energiegesetz besagt, dass bis 2030 der Anteil der erneuerbaren Energien auf 40 Prozent erhöht werden soll. Zur Erinnerung: In China gibt es diesen Begriff noch nicht einmal und das Baselbiet will in 11 Jahren bei 40 Prozent erneuerbarer Energie stehen, Mobilität ausgeschlossen.

Der Kanton Basel-Landschaft ist nicht nur schweiz-, sondern auch weltweit ein absoluter Muster-schüler. Hier von einem Klimanotstand zu sprechen, ist für den Votanten unverständlich. Aus diesem Grund ist die FDP-Fraktion geschlossen der Ansicht, die vorliegende Resolution nicht mittragen zu können. Es muss aufgezeigt werden, was gemacht und bereits erreicht wurde und welches die Ziele sind. Alles nur auf den Staat abzuwälzen ist falsch. Wer sich mit dem Wissen, das auch der Landrat hat, immer noch wie ein Neandertaler verhält, kann nicht gleichzeitig auf die Strasse gehen und für den Klimaschutz demonstrieren. In der Einleitung der Resolution steht, dass das eigene Handeln nicht helfe. Die FDP-Fraktion ist ganz anderer Meinung. Wenn das eigene Handeln nicht vorhanden ist, kann der Staat noch lange Vorschriften machen; die werden dann einfach nicht umgesetzt. Es muss alles daran gesetzt werden, dass die gesetzten Ziele erreicht werden können. Dazu gehören das Gebäudeprogramm, die Finanzierung und das eigene Handeln. Dann wird der Kanton Basel-Landschaft ein vorbildlicher Kanton bleiben und hoffentlich auch ein Signal in die restliche Schweiz und Welt ausstrahlen. Der Redner möchte nicht so enden wie die Chinesen, die jetzt alles auf die Karten Produktion, Export und Bruttosozialprodukt setzen. Das Baselbiet ist mehrere Phasen weiter und hat einen Blick auf das Ganze, inklusive Energie, Umwelt und Klima. Es kann sich dies auch leisten. Viele Gebiete auf der Erde sind noch nicht so weit. Es braucht Aufklärung bei den Leuten. Ob der Staat dazu beitragen kann, ist fraglich. Vor allem ist ein Umdenken bei den Leuten wichtig. Sie konsumieren tagtäglich. Da befindet sich der grösste Hebel.

Man muss sich überlegen, woher ein Produkt kommt und was dahinter steht.

Die Frage des Klimawandels lässt sich letztendlich auf die Frage der Abgrenzung eingrenzen. Der Votant produziert auf drei Arten CO₂: Heizen des Hauses mit Erdöl, Autofahren und Cheminée. Das sind die bekannten CO₂-Emissionsquellen. Diese einzuschränken, wäre schon besser. Was aber an den Produkten, die konsumiert werden, jeweils für eine CO₂-Etikette hängt, ist extrem. Sich hier zu hinterfragen, hat grosses Potential. Das Handeln beginnt da, wo man über die eigenen Möglichkeiten verfügt.

Auch wenn die vorliegende Resolutionsversion nicht unterstützt werden kann, hat sich die FDP-Fraktion überlegt, wie sie eine solche Resolution verfassen würde. Eine Resolution ist ein Commitment zu einem Thema, wie sich der Landrat verhalten und wonach er sich bei seinen Entscheidungen richten soll. Deshalb bedarf es auch eines 2/3-Quorums, sprich 60 Landrätinnen und Landräten müssen der Resolution zustimmen. Möchte der Landrat dies tun, muss er sich darauf konzentrieren, was er wirklich machen kann. Deshalb hat die FDP-Fraktion eine eigene Version verfasst, welche dem Landrat als Tischvorlage vorliegt. Die IPCC-Passage wurde gestrichen, weil die FDP-Fraktion es sinnvoller findet, dies im Rahmen einer Vorlage vertieft zu prüfen. Allenfalls gibt es ja noch weitere zu beachtende Guidelines.

Urs Kaufmann (SP) erinnert, dass seit Ende 2015 das Pariser Klimaabkommen die Schweiz verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren. 2016 konnten die Emissionen gegenüber dem Jahr 1990 erst um 10 Prozent verringert werden. Bis 2030 müssen noch weitere 40 Prozent folgen. Das ist ein anspruchsvolles Ziel. Es ist demnach völlig vermessen, wenn Rolf Richterich sagt, man sei gut unterwegs und habe schon vieles gemacht. Das ist leider ganz und gar nicht so. Das Energiegesetz muss erneut angeschaut, die Ziele hinterfragt und ein Bezug zu den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens gemacht werden. Im Energiegesetz wurde beispielsweise die Mobilität ausgeklammert. In der Schweiz stammt ein Drittel der Treibhausgasemissionen aus dem Bereich Mobilität. Es ist wirklich wichtig, dies erneut genau anzuschauen. In diesem Sinne ist den jungen Leuten für ihre Demonstrationen zu danken, haben sie so doch den Politikern den Spiegel vorgehalten und aufgezeigt, dass es einen Rieseneffort braucht. Aus diesem Grund ist die Resolution ganz wichtig. Das Ziel muss sein, das Energiegesetz wieder anzuschauen und zu prüfen, welche Ziele darin festgehalten werden müssen, um den Verpflichtungen gemäss Klimaabkommen nachkommen zu können. Den Vorschlag der FDP-Fraktion hält der Redner für völlig ungenügend und überflüssig, beruft sie sich doch einzig auf das bestehende, ungenügende Energiegesetz. Vonseiten der SVP-Fraktion, namentlich Andi Trüssel und Christoph Häring, stellt der Votant eine Verniedlichung des Problems fest. Das ist nicht angemessen und gegenüber der jungen Generation völlig respektlos. Die Schweiz muss einen besonderen Effort leisten, denn auch der Wohlstand in diesem Land ist überdurchschnittlich. Es gibt genügend Menschen auf dieser Erde, deren Wohlstand unterdurchschnittlich ist und die nach mehr streben. Die reiche Schweiz ist doppelt und dreifach gefordert, im eigenen Land die Emissionen zu senken. Es ist wichtig, sich zum Klimanotstand zu bekennen und etwas zu unternehmen, da die bisherigen Massnahmen nicht ausreichen.

Oskar Kämpfer (SVP) sagt, dass sich die SVP-Fraktion – im Gegensatz zum Vorredner Urs Kaufmann – allen Menschen auf diesem Planeten verpflichtet fühle, nicht nur denjenigen in der Schweiz und im Baselbiet. Deshalb können nicht nur Klimaziele eines Kantons der Schweiz i Auge behalten werden. Es ist absolut unverständlich, wie eine solche Einschränkung überhaupt vorgenommen werden kann. Die SVP-Fraktion nimmt das Thema ernst und spürt die Verpflichtung. Landrätin Susanne Strub hat an der letzten Sitzung eindrücklich und emotional nachhaltig dargelegt, wie stark die Landwirtschaft vom Klimawandel betroffen ist. Dennoch und zur Erinnerung: Die Schweiz hat als hochentwickeltes, industrialisiertes Land einen der niedrigsten CO₂-Ausstosse. Jetzt ist die Frage, was in Zukunft gemacht werden soll. Heute

geht es um die Resolution zum Klimanotstand. Soll das Papier verabschiedet, in eine Schublade gelegt und wieder vergessen werden oder soll ernsthaft über griffige Massnahmen diskutiert werden? Was tut man, um die Energieversorgung und den angesprochenen Wohlstand zu erhalten? Kernkraftwerke möchte man nicht mehr; wie reagiert die Gegenseite, wenn als Alternative Fusionskraftwerke vorgeschlagen werden? Entspricht das dem Willen der SP? Sogar IPCC hielt fest, dass Kernenergie unter Umständen eines der Mittel sein könnte, um die weltweite Klimaproblematik anzugehen. Nun kann man sich selektiv für das eine entscheiden, das andere hingegen ablehnen. Persönlich ist der Redner der Ansicht, es gehe nicht ohne. Wie reagiert die SP, wenn die SVP einmal mehr fordert, dass die Kohäsionsmilliarde an Klimaziele geknüpft wird? Oder wenn Entwicklungshilfe an Klimaziele in den Entwicklungsländern gebunden werden? Auch dies wurde bislang abgelehnt. Die SVP wehrt sich auch dagegen, nur hier die Wohlstandsentwicklung zu begrenzen. Eine liberale Entwicklung braucht keine stärkere Staatskontrolle. Die Schweiz ist weltweit an der Spitze (entspricht am wenigsten) im Ausstoss von CO₂ und Feinstaub. Möchte man dies noch mehr verbessern, muss Firmen, die beispielsweise Geräte entwickeln, die CO₂ aus der Luft extrahieren, die Möglichkeit offengelassen werden, sich zu entwickeln und ihre Geräte zu verkaufen. Dies geschieht nicht mit staatlichen Auflagen. Die SVP-Fraktion ist sehr wohl zu Handlungen bereit – zu solchen, die auch etwas bewirken. Es soll nicht ein Papier beschlossen werden, das in einer Schublade verschwindet. Ja, die SVP-Fraktion sieht Handlungsbedarf in Bezug auf den Klimawandel, allerdings möchte sie griffige Massnahmen.

Mirjam Würth (SP) sieht die Schweiz, wie auch das Baselbiet, als Trendsetter. Es ist nicht einzu- sehen, weshalb man sich selbst so klein macht und den Einfluss auf die restliche Welt infrage stellt. Die Rednerin ist vom Detailwissen der Anwesenden beeindruckt. Dennoch ist die Schweiz aber auch Trendsetter im Verbrauch der Erde. Es gibt eine Tabelle, die darüber Auskunft gibt, wie viele Erden jedes Land jährlich verbraucht. So verbraucht Australien pro Jahr 5,4 Erden, die USA 4,8 Erden und darauf folgt die Schweiz mit 3,3 Erden. Auch hier ist die Schweiz Trendsetter und kann auch einen Trend lancieren, indem sie in diesem Bereich ein Problem erkennt und benennt. Pro Franken wird in der Schweiz vielleicht weniger CO₂ ausgestossen, als in anderen Ländern, aber absolut besteht ein grosses Problem. Die Jugend hat nun endlich das bereits seit 40 Jahren bestehende Wissen aufgenommen. Den Klimanotstand gibt es nicht seit gestern. Seit den 90er- Jahren ist dies bekannt. Endlich ist das Thema in der Bevölkerung angekommen. Deshalb soll man auch hier trendsetzen und mit der Resolution ein Signal gegen aussen senden. Dem Baselbiet würde es gut anstehen, beispielsweise auf die Vergangenheit zurückgreifen, als man sich gegen AKW gewehrt hatte.

Zur Frage, ob Kernenergie eine Alternative ist: Wer weiss? Momentan ist das Endlagerungsproblem derart gross, dass es mindestens das Ausmass des CO₂ Ausstosses umfasst. Es soll diskutiert und geforscht werden – eine Lösung stellt die Kernenergie momentan jedoch nicht dar. Die Votantin spricht sich dezidiert für die Resolution und gegen den verwässerten Gegenvorschlag der FDP aus.

Jan Kirchmayr (SP) meint, allen seien die Folgen der globalen Erwärmung und des Klimawandels bekannt, die unter anderem auch das Baselbiet betreffen. So kam es zum Hitzesommer mit ausgetrockneten Bächen, Ernteaufällen oder aber in den Alpen zu massiven Gletscherrückgängen, vermehrten Wetterextremen oder weltweit zu einem Anstieg des Meeresspiegels.

Reto Knutti, Professor und ETH-Dozent, sagt: «Die Erwärmung ist mit 95 Prozent Sicherheit zum grössten Teil menschengemacht. [...] Könnte ich beweisen, dass CO₂-Emissionen keinen Einfluss haben, würde ich reich und den Nobelpreis gewinnen.» Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sagen klar und deutlich, welchen Einfluss CO₂ hat und was es auslöst und bewirkt. Natürlich ist es jedoch nicht das einzige Treibhausgas.

Der Schülerinnen- und Schülerstreik wurde verniedlicht. Das ist dreist und ein Stück weit auch

respektlos. Die Schülerinnen und Schüler lernen in der Schule und entnehmen auch den Medien die Folgen der globalen Erwärmung. Sie sind davon am längsten betroffen und müssen die Konsequenzen dessen ertragen, was die vorherigen Generationen emittiert haben. Die Schülerinnen und Schüler übernehmen mit den Streiks Verantwortung, sind sich aber auch der Konsequenzen bewusst. Es gibt Absenzen und der Unterricht muss nachgeholt werden. Wenn sie aber ein Zeichen setzen, dann müssen die Landrätinnen und Landräte das ebenfalls tun.

Immer wieder kommt der individuelle Verzicht zur Sprache. Das stimmt – jeder muss individuell verzichten. Schlussendlich kann das Problem aber nicht nur darüber gelöst werden. 100 Konzerne verantworten weltweit 71 Prozent der CO₂-Emissionen. Hier muss auf gesetzlicher Ebene gehandelt werden, da einige dieser Konzerne auch in der Schweiz ihren Sitz haben. Die Resolution ist zu unterstützen.

Stefan Zemp (SP) erinnert daran, dass alle Anwesenden ein Produkt der Wohlstandsgesellschaft seien, welche ihre Wurzeln in den 50er bis 70er-Jahren habe. Es folgte eine kurze Depression Mitte der 70er-Jahre, als die Ölscheichs am Hahn drehten. Alle wuchsen in einem Klima auf, wo man davon ausgeht, dass sich der Wohlstand bei entsprechendem Einsatz und richtiger Arbeit vermehrt. Jetzt sind alle erstaunt, dass der stetig zunehmende Wohlstand einen Kollateralschaden verursacht. Der Vorschlag der FDP Fraktion zitiert eigentlich das Baselbieter Energiegesetz. Das Energiegesetz ist tatsächlich im schweizweiten Vergleich relativ streng. Im Hintergrund sorgten jedoch bürgerliche Kräfte dafür, dass die dafür notwendigen finanziellen Mittel verhindert wurden. Das Energiegesetz in der aktuellen Form ist also ziemlich zahnlos: «Energieendverbrauch im Kanton ohne Mobilität». Von der Mobilität ist niemand ausgenommen, sogar der Redner flickt Öfen im Kanton Zürich und ist auf ein Auto angewiesen. Es handelt sich um Augenwischerei, wenn man meint, man könne mit dem bestehenden Energiegesetz bis 2050 weitermachen. Der Kollateralschaden wird stetig grosser. Schlau wäre, die Thematik ernst zu nehmen und Arbeitsplätze im Hightech-Bereich der CO₂-Kompensation und effizienteren Massnahmen zu schaffen. Die Schweiz soll bereit sein, auch dem Ausland Lösungen bieten zu können, wenn es denn wirklich eine Minute oder 30 Sekunden vor zwölf ist.

Die Resolution ist nichts anderes als Respekt den vielen Demonstrierenden gegenüber. Die Politik macht viel, aber die Meinung der Bevölkerung ist, hier wird zu wenig gemacht. Diese ernst zu nehmen bedingt ein Ja zur Resolution.

Hanspeter Weibel (SVP) ist von der Diskussion mehrheitlich beeindruckt. Seit Jahrzehnten ist es das Privileg der Jungen, den Alten vorzuwerfen, was diese alles verpasst haben. Die Diskussion ist insofern gut, als dass sie Gelegenheit bietet, den demonstrierenden Jugendlichen zu erklären, was die «alten Säcke» schon alles gemacht haben.

Der Votant erinnert sich, dass man sich in den 60er-Jahren über Gewässerverschmutzung unterhalten und in der Folge Kläranlagen gebaut hat. Über Abfallverminderung und Trennung wurden ebenso gesprochen, was dann auch eingeführt wurde. Der Vater des Redners importierte ein Auto aus den USA und musste den Katalysator in den 70er-Jahren ausbauen. Anschliessend wurde die Katalysatorenpflicht vorgeschrieben und der CO₂-Ausstoss reduziert. Ein Energiegesetz wurde erlassen und bauliche Massnahmen getroffen. Es wurde also eine ganze Reihe an Dingen gemacht. Der Vorwurf der Jugend, es sei nie etwas getan worden, ist unfair.

Der Votant stört sich am Begriff Notstand. Diesen gibt es weder im Baselbiet noch sonst wo. Es gab immer wieder Klimaveränderungen. Es kann darüber diskutiert werden, in welchem Bereich man sich selbst vorbereiten und auf die Veränderungen reagieren kann.

Rolf Richterich warf die Frage der Eigenverantwortung auf und deklarierte seinen persönlichen CO₂-Ausstoss. Dem möchte sich der Redner anschliessen. Seit 28 Jahren heizt er sein Haus mit einer Wärmepumpe und fährt seit fünf Jahren ein Elektroauto. Dies macht er aber nicht, weil es ökologisch ist, sondern weil es ökonomisch sinnvoll ist. Die ökonomische Frage muss angegangen

werden. Sind Massnahmen ökonomisch vertretbar, dann machen dies ganz viele andere Personen auch.

Urs Kaufmann möchte Hanspeter Weibel den Spiegel vorhalten. Am 16.3. 2017 wurde im Landrat eine Motion zur Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer eingereicht. Am 15.6.17 erklärte sich der Regierungsrat dazu bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen, da er die Notwendigkeit der Überarbeitung des Gesetzes erkannt hatte. Am 25.10. 2018 wurde das Postulat im Landrat behandelt. Der Votant las noch einmal das Protokoll und sah sich das Abstimmungsresultat genau an. Unter dem Stichwort der Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer hätte der Kanton Basel-Landschaft im Bereich der Mobilität tätig werden können. Der Postulatsbericht wurde der Finanzkommission überwiesen, welche zum Schluss kam, dass das Postulat als erfüllt zu betrachten und abzuschreiben sei. Grund dafür war unter anderem das Argument des Regierungsrats, dass die letzte Motorfahrzeugsteuerrevision noch nicht so lange her sei und zugewartet werden müsse. Ein konkretes Beispiel, was diese Motorfahrzeugsteuer bewirkt: Vor drei Wochen wollte der Redner ein zweites Elektroauto mit einem Wechselschild einlösen. Die Folge ist, dass er die Hälfte des vorher erhaltenen Bonus zurückzahlen muss, weil die Wechselschildregelung vorsieht, dass der Bonus jeweils nur für die Hälfte gewährt wird. Der Antrag, die Wechselschilder nur hälftig zu berücksichtigen, kam eher von der linken Seite. Begründet wurde er damit, dass dadurch Missbrauch vorgebeugt werden könne, sollte jemand zusätzlich zu einem Benzinauto noch ein Elektroauto im Wechselschild einlösen. Das ist die Konsequenz des Gesetzes. Im Oktober wurde das Postulat abgeschrieben. Für das Abschreiben sprachen sich 18 Landratsmitglieder der SP aus, dagegen war eines. Bei den Grünen war das Verhältnis hälftig (vier zu vier, bei der GLP stimmten alle für die Abschreibung, bei der FDP alle 12. Bei der SVP waren 22 gegen die Abschreibung und nur sechs dafür. Bei der CVP sieben dafür und eines dagegen. Warum führt der Redner das Abstimmungsresultat so ausführlich aus? Wäre das Postulat damals nicht abgeschrieben worden, hätte man nun die Möglichkeit gehabt, dem Regierungsrat den Auftrag zu geben, entsprechend dem Postulat etwas auszuarbeiten. Vor sechs Monaten argumentierte man im Landrat zum gleichen Thema und einer konkreten Massnahme ganz anders. Sechs Monate später soll nun plötzlich ein Notstand herrschen. Der Votant schliesst sich Oskar Kämpfer an: Es muss etwas Konkretes gemacht werden und man muss sich den Folgen bewusst sein: Was kostet es? Wen betrifft es? Wer muss etwas tun und was sind die Rahmenbedingungen? Die vorliegende Resolution, die einerseits den Weltklimarat einbezieht, die Kernkraft aber ausschliesst, erscheint Hanspeter Weibel wie heisse Luft.

Désirée Jaun (SP) erklärt, dass bekannt sei, dass sie die Resolution nicht selbst geschrieben habe. Diese wurde von den Schülerinnen und Schülern der Klimabewegung verfasst und über die Rednerin in den Landrat eingebracht.

In vielen Voten wird die Eigenverantwortung erwähnt. Die SP-Fraktion sagt nicht, dass Eigenverantwortung nichts bringt – sie reicht jedoch einfach nicht. Ein grosser Teil des Konsums betrifft die Produktion und die Verpackung, also die Wirtschaft als Verursacherin. Um dies zu begrenzen, braucht es Eingriffe seitens Politik. Die Schweiz oder das Baselbiet allein können die Welt nicht retten – das ist klar. Man ist aber Teil der internationalen Bewegung und Herausforderung. Darum sieht die Votantin nicht ein, weshalb dieser Resolution nicht zugestimmt werden soll. Es handelt sich nicht um Symbolpolitik. Es geht darum, sich Rahmen und Richtlinien zu setzen, die bei konkreten Geschäften und Massnahmen immer wieder hervorgenommen werden. Die Resolution soll eben nicht in einer Schublade verschwinden.

Der Vorschlag der FDP-Fraktion fokussiert komplett auf das Energiegesetz und gibt lediglich die entsprechenden und bereits beschlossenen Zielsetzungen wieder. Darum geht es bei dieser Resolution aber nicht. Es geht darum, sich zur Bekämpfung des Klimawandels zu bekennen und den Klimanotstand auszurufen. Ein Notstand deshalb, weil es wichtig ist. Strategien und Massnahmen

sind die nächsten Schritte, die folgen werden. Die Rednerin vertritt die Auffassung, man solle einfach dazu stehen, die Resolution nicht unterstützen zu wollen, anstatt sie komplett umzuschreiben.

Klaus Kirchmayr (Grüne) erinnert den Landrat daran, dass momentan eine Resolution behandelt werde. Was ist eine Resolution? Es geht nicht um eine Motion, ein Postulat oder eine parlamentarische Initiative, die konkrete Forderungen enthalten. Eine Resolution ist eine Willensbekundung des Landrats. Schlussendlich geht es um die Frage, welche Ambition der Kanton Basel-Landschaft in Bezug auf das Klima haben soll. Die Ambition muss sich an den übergeordneten Zielsetzungen orientieren. Möchte man das Klimaziel von maximal 1,5 Grad bis 2050 erreichen, dann muss der CO₂-Ausstoss um 4 Prozent heruntergeschraubt werden. Das bedingt einen höheren Ambitionslevel als alles, was bisher vorhanden ist. Darum geht es heute.

In den Statements der anderen Seite vernimmt der Votant einerseits positive Zeichen, aber auch Wohlstandsverlustängste. Die Angst davor, nicht mehr Autofahren zu dürfen oder dass Arbeitsplätze verloren gehen. Das beinhaltet eine Bremse und motiviert dazu, den Ambitionslevel runterzuschrauben. «Nicht wir sollen besser werden, sondern die anderen sollen zuerst etwas machen.» Betrachtet man jedoch die Dynamik der CO₂-Reduktion, steht die Schweiz gar nicht so gut da, wie sie sich selbst gerne sieht. Der Landrat hat ein Privileg: Er kann handeln und hat seinen Handlungsspielraum noch lange nicht ausgeschöpft. Oskar Kämpfer und Hanspeter Weibel erwähnten konkrete Beispiele, wie die Reformierung der Motorfahrzeugsteuer oder das Binden von Entwicklungshilfe und Kohäsionsmilliarde an Klimaziele. Das hat die volle Unterstützung des Redners. Alles muss ausgeschöpft werden.

Ganz wichtig ist aber, heute mit der Resolution den Ambitionslevel zu setzen. Der Vorschlag der FDP-Fraktion bedeutet, dass der Ambitionslevel genug hoch ist und nichts Zusätzliches erwünscht ist. Das beisst sich mit den Zielsetzungen und den übergeordneten Erkenntnissen, dass mehr gemacht werden muss. Die Jugend erkannte das, und deshalb ist sie ständig und aus tiefer Überzeugung auf der Strasse.

Klaus Kirchmayr appelliert an den Landrat, den Ambitionslevel höher zu setzen und miteinander an den Zielen und konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Die Grüne/EVP-Fraktion reichte heute ein Klimapaket mit ungefähr sechs Vorstössen zu diesem Thema ein. Die Angst vor dem hohen Ambitionslevel ist meistens übertrieben. Sich höhere Ziele zu setzen, gibt die Möglichkeit, eine Hebelwirkung zu erzeugen und wirtschaftliches Potential zu erschliessen. Die Jungen sollen ernst genommen und auf ein Ambitionslevel eingestiegen werden, das den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird.

Daniel Altermatt (glp) sagt, man habe zuvor [am Morgen] eine sehr «interessante» Diskussion geführt. Sie ging meilenweit am Objekt vorbei, über das man eigentlich diskutieren will. Klaus Kirchmayr hat die richtige Frage gestellt, aber leider die Antwort nicht gegeben: Eine Resolution – was ist das eigentlich? Wenn man als Parlament des Kantons Basel-Landschaft etwas diskutiert, geht es darum, was man machen kann und will. Es geht letztlich nicht darum, wer wo und auf welche Art die Welt retten könnte. Eine Resolution ist letztlich eine Deklamation eines Willens. Das ist in die Zukunft gerichtet. Es hat nichts mit der Vergangenheit zu tun und darum – Entschuldigung – ist das Beste am FDP-Papier der Platz auf der Rückseite, den man für die eigenen Notizen nutzen kann.

Zum Inhalt: Wenn man die Diskussion anhört, so ist festzustellen, dass grundsätzlich alle einverstanden sind mit dem Text und den dort aufgelisteten vier Punkten. Alle haben gesagt: Ja, der Klimawandel ist ein riesiges Problem und prioritär zu behandeln. Das ist der erste Punkt. Weiter befanden alle: Ja, der Landrat handelt, hat schon gehandelt – und will weiterhin handeln. Er will sich im Sinn der Aktionen gegen Klimaänderungen bewegen. Das ist der zweite Punkt. Auch herrschte ganz generell die Meinung, man dürfe nicht irgendetwas tun wollen – sondern man solle sich auf wissenschaftliche Fakten abstützen. Das ist der dritte Punkt. Und schliesslich: Man soll

Gutes tun und darüber sprechen. Das ist der vierte Punkt. Man kann im Einzelnen darüber diskutieren, ob man das Ganze unter dem Titel «Klimanotstand» laufen lassen soll; weil dies dem Zeitgeist so geschuldet ist, kann man diese Frage auf sich beruhen lassen. Im letzten Punkt kann man diskutieren, was «umfassende Information der Bevölkerung» heisst. Kann man überhaupt umfassend informieren? Das kann man eigentlich nicht – man kann nur aus der eigenen Optik informieren. Das ist aber schon ein Detail. Kurz: Es soll beliebt gemacht werden, die Resolution wie vorliegend anzunehmen.

In einem Punkt dürfte im Saal Einigkeit herrschen, sagt **Rolf Blatter** (FDP): Es ist ein tolles Phänomen, dass die Jungen sich eines wichtigen Themas annehmen und sich dazu auch vernehmen lassen (und das mit einigem Lärm). Spannend ist aber trotz allem, dass der Landrat (wie letztmals gehört) auf diesen Hype aufspringt und die Resolution den Kameradinnen und Kameraden aus Basel-Stadt nachplappert und genau das Gleiche erreichen will. Mit dieser Resolution reduziert man aber kein Gramm CO₂. Die Jungen machen Lärm und weisen auf das Thema hin, machen aber keinen einzigen Lösungsvorschlag. Sie sagen vielmehr: Das ist dann die Aufgabe der Politik. Man hat im «Club» und in der «Arena» von SRF aber leider nichts von Lösungen gehört.

Um auf das Thema an sich einzugehen: Wenn man aus dem Fenster schaut, sieht man das Wetter. Wenn man das Wetter mit all seinen physikalischen Messgrössen wie Temperatur und Druck etc. über die Zeit betrachtet, kommt man zum Klima. Und Klimaveränderungen liegen in der Natur der Sache. Das gibt es, seit es die Welt gibt – also seit 4,7 Milliarden Jahren, wie das CERN berechnet hat. In all diesen Jahren, über die Jahrhunderttausende hinweg, kam die Erde fünfmal in eine Eiszeit und fünfmal kam sie wieder aus der Eiszeit heraus – ohne menschengemachtes Zutun. Man hat da Phänomene, über welche die Wissenschaft auch heute noch philosophiert und orakelt. Wie ist das überhaupt möglich? Selbstverständlich – das kann man jetzt aus den Messungen ablesen – gibt es einen anthropogenen Anteil an der Temperaturveränderung, der aber sehr parallel ist mit der Entwicklung der Weltbevölkerung. Unter dem Strich müsste man sagen: Das Wachstum der Weltbevölkerung ist ein grosser und wichtiger Treiber für die Veränderung des Klimas. Das Klima aber ist keine Baselpieter Veranstaltung. Es gibt nur *ein* Klima; das spielt weltweit. Wenn der Landrat nun mit viel Effort etwas machen will, so hat dies einen Effekt auf das globale Klima, der an der zweiten Stelle hinter dem Komma nicht messbar, sondern nur noch berechenbar ist. Die grossen Emittenten von Kohlendioxid sitzen nicht hier, sondern in China, Asien sowie Nord- und Südamerika. Jetzt mit dem Kopf durch die Wand gehen zu wollen (weil es den Zeichen der Zeit entsprechen soll), bringt dem Klima null und nichts. Die Massnahmen, die man ergreifen sollte, kann und muss, um den Kohlendioxid-Gehalt zu reduzieren, müssen dort ansetzen, wo die grossen Emittenten sind – sie sind aber leider (oder zum Glück) nicht hier. Wenn man die Analogie zur Sanierung eines Unternehmens nehmen will: Man kann eine Firma nicht sanieren (man redet hier von einem Sanierungsfall, wie man so etwas im Fall der Firma Rohner eben gehört hat), indem man hingeht und das Kopierpapier aussetzt; oder indem man sagt, man solle kein 100-Gramm-, sondern 80-Gramm-Papier mehr nehmen. Man muss vielmehr Standorte schliessen und die grossen Kostenblöcke angehen – und nicht die kleinen Details.

Zum Thema Notstand – da ist man bei der Terminologie: In der heutigen Basler Zeitung hat es einen Artikel über die Unwetter in Mozambique: Dort sind 400'000 Häuser zerstört. Noch mehr Leute haben kein Dach über dem Kopf. Etwa 1'000 oder 2'000 Menschen sind umgekommen. Notstand heisst sofort auch Notrecht. Das kommt in der Schweiz zur Anwendung, wenn die Armee kommt – wenn es irgendwo im Bündnerland eine Überschwemmung gibt. Das ist ein Notfall. Das vorliegende Thema ist hingegen kein Notfall.

Was man auch schon gehört hat, ist das Thema Energiegesetz. Die Veränderung von Energieformen – die Verbrennung von fossilen Energieträgern, um elektrische Energie herzustellen – ist massgeblich verantwortlich dafür, dass Kohlendioxid entsteht. Dass man aus den fossilen Energie-

trägern aussteigen will – da dürften sich alle einig sein: Weil das Öl und das Gas irgendwann ausgehen werden. Man kann darüber streiten, ob das in 50, 100 oder 200 Jahren der Fall sein wird. Man kann zudem mit dem Erdöl schlauere Dinge tun, als es zum Heizen verbrennen. Der Bedarf an elektrischer Energie wird aber ständig steigen. Alle tragen dazu bei. Das ist nicht nur im gebäudetechnischen Teil so, es ist auch in der Mobilität so, es ist in der Elektronik der Fall. Die Frage, woher die elektrische Energie kommen soll, scheint niemanden zu interessieren. Manchmal ist es wie bei den Finanzen: Man fordert immer nur mehr, es sollen Kosten sozialisiert werden und man soll Ausgaben tätigen. Woher die finanziellen Mittel kommen, interessiert aber nicht gross. Hier geht es ums Gleiche: Man fordert immer mehr elektrische Energie – und alle gehen davon aus, dass sie aus der Steckdose kommt. Wie sie in die Steckdose kommt, interessiert niemanden. Das ist wenig verantwortungsvoll. Man darf aber nicht über die Nukleartechnik reden – das ist ja mittlerweile verboten. Man darf nicht einmal darüber nachdenken. Man darf keine Staumauern erhöhen, um dem Anteil der Wasserkraft zu steigern. Man darf keine Windräder bauen, weil sie Lärm machen und nicht schön sind. Man muss sich auch vor Augen führen, dass das Thema Verzicht in der Eigenverantwortung liegt. Aber: Die Altersgruppe, die am EuroAirport das grösste Wachstum verzeichnet, betrifft die 18- bis 25-Jährigen. Das sind genau die Leute, die auf der Strasse sind und wegen des Klimas protestieren. Langer Rede kurzer Sinn: Der Redner hat das Gefühl (er dürfte nicht alleine sein), dass das Klimanotstandsphänomen nicht ein Klima-, sondern ein politisches Phänomen ist. Wenn man die Resolution in der vorliegenden Form gutheissen würde, nutzt das dem Klima hier und global rein gar nichts – sie ist darum abzulehnen.

Urs Kaufmann (SP) ist wie sein Vorredner Oskar Kämpfer der Meinung, dass es griffige Massnahmen brauche. Der Redner kann den Aussagen jedoch nicht zustimmen, dass die Massnahmen nur im Ausland im Rahmen der Kohäsionsmilliarde und der Entwicklungshilfe erfolgen sollen. Rolf Blatter sieht die Massnahmen auch eher anderswo, beispielsweise in China, während es in der Schweiz nicht nötig sei.

Im Rahmen des Pariser Klimaabkommens wurde austariert, welche Ziele jedes Land erreichen muss. Gemäss diesen Zielsetzungen muss die Schweiz ihre CO₂-Emissionen bis 2030 um 50 Prozent reduzieren. Aktuell werden erst 10 Prozent der Treibhausgasemissionen eingespart und somit ist man noch weit weg von 50 Prozent. Es gilt, die Zielsetzungen des Energiegesetzes zu überprüfen und auf diejenigen des Pariser Übereinkommens abzustimmen, damit der Kanton Basel-Landschaft seinen Beitrag zur Erreichung der schweizerischen Ziele leisten kann. Im Resolutionsentwurf der FDP wird auf die jetzigen Ziele abgestellt, was nicht genügt, um die Reduktion der Treibhausgasemissionen zu erreichen. Auch die Schweiz ist verpflichtet, Massnahmen umzusetzen. Die Industrie kann profitieren, wenn sie solche Massnahmen entwickelt, umsetzt und weltweit verkauft. Die Resolution der FDP ist nicht ausreichend.

Viele der Aussagen, die der Vorredner der FDP-Fraktion zuschreibe, habe diese nicht gemacht, sagt **Marc Schinzel** (FDP). Das Anliegen der Resolution ist es, den Klimaschutz auch hier ernst zu nehmen, ebenso diejenigen, die auf das Problem aufmerksam machen. Dies kann am besten getan werden, indem der Text geprüft und dann entschieden wird. Es soll nicht einfach ein von aussen eingespeister Text angenommen werden. Der Landrat ist kein Abnicker-Gremium, sondern soll sich mit allen Vorlagen sorgfältig auseinandersetzen, über Massnahmen diskutieren und nicht einfach Appelle verabschieden. Politiker sollen offen sein für Innovationen, neue Technologien und Entwicklungen aus Forschung und Praxis und nicht einfach meinen, sie hätten die Weisheit mit Löffeln gefressen. Stichworte sind: Fördern statt verbieten, Vertrauen in die Möglichkeiten haben. Es braucht keine interventionistischen Rezepte aus der Mottenkiste wie die Einführung der 25-Stundenwoche, wie von der JUSO Basel-Landschaft als Klimaschutzmassnahme vorgeschlagen. Ein Systemwandel ist nicht nötig. Der Redner will keine Umverteilung und Erhöhung der Staatsquote unter dem Label «Klimawandel», sondern Vertrauen auf die erneuernde Kraft, welche die

Schweiz schon immer ausgezeichnet hat und das Land stark macht. Es braucht breit abgestützte Lösungen.

Man sollte nicht andere ausgrenzen, sondern einbeziehen. Wer anderer Meinung ist, sollte nicht dämonisiert und in den sozialen Medien in Grund und Boden getreten werden. Auch diese Leute wollen etwas zur Problemlösung beitragen. Viele hier im Saal, die Mühe mit dem Text der Resolution haben, leisten seit Jahren viel für den Umweltschutz, indem sie sich frühmorgens schmutzig machen – sei es in der Landwirtschaft oder in einem KMU. Diese Leute arbeiten viel und nehmen hart verdientes Geld in die Hand, um ihren Beitrag für den Umweltschutz zu leisten. Man sollte sich gemeinsam um gute Lösungen bemühen. Keine Seite hat die Mehrheit und kann ihre Rezepte alleine durchsetzen. Auch nach dem 31. März 2019 wird keine Seite die Mehrheit haben. Nur über die Parteigrenzen hinweg, gut abgestützt, innovativ und intelligent, mit der Forschung und dem Gewerbe zusammen, alle Generationen zusammen, kommt man weiter. Diese Herausforderung findet der Redner spannend.

Christoph Häring (SVP) bedankt sich bei Urs Kaufmann für seine rhetorische Parade ad personam. Die rhetorische Diffamierungskeule wird von den Organisationen und Notstandskampagnen angewendet, wenn bessere Argumente fehlen und man nicht deren Ziele huldigt. In Paris wurden keine Vereinbarungen getroffen, sondern Übereinkünfte. Deshalb sind die grossen Nationen wie China, USA und Indien nicht dabei. Bedenklich ist es, Leute anzugreifen, die auf der ganzen Welt mehr erneuerbar unterwegs sind als man sich vorstellen kann. Das ist respektlos.

Es sollten nicht nur Versprechen gemacht, sondern auch aufgezeigt werden, welche Politik dahinterstehe, so **Saskia Schenker** (FDP). Wie werden Versprechungen in konkrete Massnahmen umgesetzt, und was bedeutet das? Die Energieziele können vielleicht kritisiert werden, aber es ist wichtig, dass jeder diese liest. Basel-Landschaft ist einer der fortschrittlichsten Kantone. Stefan Zemp hat heute Morgen gesagt, die Vorlage zur Einführung einer Energieabgabe sei von den Bürgerlichen abgelehnt worden. FDP und SVP waren jedoch beide für die Vorlage – die Baselbieter Bevölkerung war nicht bereit, mehr Energieabgaben zu zahlen. Dies muss anerkannt werden: Auch in der Klimapolitik kann nur das Machbare umgesetzt werden. Es gibt hohe energiepolitische Ziele und auch die entsprechenden Instrumente dazu. Gemäss dem Grossverbraucherartikel kann der Regierungsrat einem Grossverbraucher klare Vorschriften machen. Es gibt auch Technologieverbote: Elektroheizungen in Neubauten gibt es nicht mehr. Die Anforderungen an Neubauten sind sehr hoch. Wichtig ist es, den Leuten zu zeigen, was getan wird, und nicht nach Neuem zu schreien.

Sollen die gesetzten energiepolitischen Ziele erreicht werden, muss dies auf eine andere Art erfolgen als über die Energieabgabe, weil diese abgelehnt worden war. Zuerst müssen die Massnahmen vorgelegt werden, die es erlauben, die Ziele zu erreichen.

Bezüglich der Mobilität sollen diverse Massnahmen erfolgen. Welche sind dies, die mit den politischen Instrumenten umgesetzt werden sollen? Für das Energiegesetz musste überlegt werden, was der Kanton wirklich umsetzen kann. Gegen das mögliche Ziel, weniger Strassen zu bauen, wird sich die FDP-Fraktion wehren. Die individuelle Mobilität wird sich weiter entwickeln und nicht abnehmen. Wichtig ist es, Technologien weiterzuentwickeln. Die Rednerin würde interessieren, welche Ideen zum Thema bestehen. Der Vorschlag der FDP hat zum Ziel, sich mit den Instrumenten auseinanderzusetzen. Zweitens muss den Leuten aufgezeigt werden, was es politisch bedeutet und welche Massnahmen umgesetzt werden.

Balz Stückelberger (FDP) ruft zur Entspannung auf und dazu, aufeinander zuzugehen. Es handelt sich um eine Resolution. Der Landrat hat damit nicht sehr viel Erfahrung. Beruflich hat der Redner viel mit «joint declarations» zu tun, einer Art von Resolutionen, bei denen es darum geht, Zeichen zu geben. Tagelang wird an Texten gefeilt. In solche Verhandlungen geht es darum, den

Kernsatz zu finden, der nicht verhandelbar ist. Im Text der FDP ist der Kernsatz der ursprünglichen Resolution nach wie vor enthalten: «Der Landrat anerkennt die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.» Dieses Zeichen wird vom Landrat erwartet. Eine Resolution ist nur sinnvoll, wenn sie von allen oder von den meisten unterstützt werden kann. Ist es der linken Seite ernst, muss sie anerkennen, dass die andere Seite nicht alles unterstützen kann, jedoch einen Gegenvorschlag vorgelegt hat, der ein gemeinsamer Nenner sein soll. Dieser Text ist machbar.

Paul Wenger (SVP) hat an der letzten Landratssitzung gesagt, dass er der Resolution nicht zustimmen könne, weil er sich zuerst informieren will. Der Redner hat sich die Zeit genommen, um sich während insgesamt 25 Stunden mit dem Thema zu beschäftigen – und ist dennoch überfordert. Wer ein naturwissenschaftliches Studium absolviert hat, kann der Thematik einigermaßen folgen. Der grösste Teil ist jedoch überfordert, was für einige Bereiche auch für den Redner zutrifft. Zu den Berichten des IPCC ist zu sagen, dass es einerseits Sachplanberichte und andererseits Summaries for policy Makers gibt. Die Unterschiede sind gross. Die Sachplanberichte sind eine Quelle hervorragender wissenschaftlicher Erkenntnisse. Bei den Summaries ringen Politiker weltweit tagelang um Formulierungen, die darin stehen müssen, und verzerren wissenschaftliche Erkenntnisse bis zur Unkenntlichkeit. Nimmt man die Sachplanberichte als Basis, wäre die Optik eine andere. Die Zusammenfassungen für Politiker sind nicht zielführend.

Der Redner hat weitere Erkenntnisse beim Lesen von Literatur beispielsweise des Massachusetts Institute of Technology (MIT), der Universität Rostock etc., gewonnen. Das Klima ist ein absolut dynamisches, sogar chaotisches System. Der Redner ist zum Schluss gekommen, dass er von Wetter und Klima nichts versteht, bis auf wenige Sachen. Der Landrat ist in Bezug auf Klimafragen aus wissenschaftlicher Sicht überfordert. Er kann allenfalls symbolische Zeichen setzen. Die Illusionen, die heute Morgen in dem Saal verbreitet wurden, sind nicht das richtige Zeichen. Der Klimawandel findet nachweislich statt. Dass er in einem gewissen Umfang menschengemacht ist, ist für den Redner unbestritten. Ebenso kommt die Elektromobilität. Dazu braucht es unendlich viel mehr Energie, um das überhaupt bereitzustellen. Die Herstellung und Entsorgung der Batterien für Elektrofahrzeuge ist dramatisch. Die Lithiumproduktion in Bolivien und Chile ist eine Naturkatastrophe sondergleichen. Es gibt immer eine Wechselwirkung zwischen Interessen und Zielsetzungen.

Der Redner wird wegen der unpräzisen Formulierung der Resolution nicht zustimmen, obwohl er erkannt hat, dass der Klimawandel nachweislich stattfindet.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) möchte auf die Resolution zurückkommen. Der Landrat sollte über den Text entscheiden. Der Redner kann den vier Punkten nicht zustimmen. Erstens gibt es keinen Notstand. Gemäss Punkt 3 sollte man sich nach einer IPCC-Organisation ausrichten – dazu ist der Redner nicht bereit. Gegen den Klimawandel muss etwas unternommen werden, aber es ist verantwortungslos, mit der Zustimmung zur Resolution zu meinen, man habe etwas für das Klima getan.

Es gibt andere Ansätze. Die heutige Situation als Klimanotstand zu beschreiben, geht zu weit. Es wird zu einem Energienotstand kommen, wenn alles elektrifiziert werden soll, wie Links-Grün das wollen. Wie soll das geschehen? Es braucht wirtschaftsverträgliche Massnahmen, die arbeitsplatzertretend sind. In den vergangenen Jahren ist der Landrat diesen Weg gegangen und wird so weiterfahren. Aber mit der Resolution geschieht nichts und niemandem ist geholfen.

Nach **Miriam Locher** (SP) geht es um ein Bekenntnis, dass der Landrat die Schülerinnen und Schüler ernst nimmt und bereit ist, zu handeln. Die Voten strotzen von einer haarsträubenden Faktenallergie in Bezug auf den Klimawandel. Eiszeiten werden mit den Effekten der letzten 60 Jahre verglichen – das hat nichts miteinander zu tun. Es wird auf das bestehende Energiegesetz fokus-

sirt. Es gibt keinen Willen, mehr zu tun, vielleicht auch aus Angst, der politische Gegner könnte profitieren. Die Änderungen der FDP laufen darauf hinaus, ein bestehendes Gesetz in den Vordergrund zu rücken. Das ist eine Bankrotterklärung.

Letztes Mal wurde von der Gegenseite darauf hingewiesen, man könne nicht über etwas debattieren, das neu auf dem Tisch liegt. Heute soll es möglich sein, auch wenn ein Papier vorgelegt wurde, das praktisch neu ist. Die SP-Fraktion hält an der Resolution fest. Sollten in 20-25 Jahren keine griffigen Massnahmen gegen den Klimawandel gefunden werden, droht eine globale Klimadiktatur. Die Schülerinnen und Schüler haben dies erkannt und fordern die Politik zum Handeln auf. Das Problem kann nicht mit individuellem Handeln gelöst werden. Nur 100 Konzerne sind für 71 Prozent der Treibhausgase verantwortlich. Die Politik muss sich ändern, und der Landrat hat die Möglichkeit dazu. Es ist nicht Aufgabe der Jugendlichen, Lösungen zu bieten und einen Ausweg aus dem Chaos zu finden, das die Politik angerichtet hat. Es ist die Aufgabe der Politik, sie ernst zu nehmen und zu überlegen, was getan werden kann. Die Rednerin erwartet, dass der Landrat heute ein Bekenntnis abgibt.

Adil Koller (SP) sagt, es heisse immer, die Jungen sollen sich engagieren. Nun tun sie es, und dies ist unangenehm, weil sie netto 0 bis 2030 verlangen. Das ist sehr mühsam, und sie stehen zu Zehntausenden auf der Strasse, und zwar jede zweite Woche. Noch schlimmer für die etablierten Politikerinnen und Politiker: Sie fordern einen «system change, not climate change». Das aktuelle System kann die Krise nicht lösen, deshalb braucht es ein anderes. Sie kritisieren die institutionalisierte Politik und sagen: Wachen Sie auf, es muss etwas ändern. Sie haben sich mit der Thematik auseinandergesetzt, Grundlagen zusammengesucht, Papiere erarbeitet. Der Redner hat gelernt, dass 70 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen von den 100 grössten Konzernen verursacht werden. Es braucht einen grundlegenden Wandel.

Die Emissionen im Inland seien im Mikrobereich, hiess es vorher. Die Emissionen sind relativ klein im Vergleich, aber 22-mal grösser sind die Emissionen, die durch Schweizer Kapitalanlagen in fossile Energien verursacht werden. Darum geht es. Es gilt auch zu berücksichtigen, was die Schweiz international verursacht.

Es besteht relative Einigkeit, dass der Klimawandel grösstenteils von Menschen verursacht ist. In einem Positionspapier der SVP von 2009 steht noch das Gegenteil, doch darauf muss der Redner nun nicht mehr eingehen. Die Resolution wäre ein Bekenntnis zum Klimaschutz. Die FDP-Variante wäre kein Bekenntnis, sondern ein fatales Zeichen an die Schülerinnen und Schüler, dass bereits alles für den Klimaschutz getan wird und auf dem eingeschlagenen Weg weiter zu gehen ist. Oder in den Worten des FDP-Chefs aus Deutschland auf Twitter: «Klimaschutz ist was für Profis.» Die Politik kann das besser, und die Schülerinnen und Schüler sollen zurück in die Schule, ist die Botschaft. Es ist schon gut, was diese tun, aber die Politik tut dies eigentlich bereits. Die FDP-Fassung wäre ein fatales Zeichen. Der Redner findet, die Politprofis hätten in den letzten Jahren versagt, und die Massnahmen sollten auf allen Ebenen ergriffen werden. Den Schülerinnen und Schülern, die sich engagieren, sollte man dankbar sein, denn die Anstösse sind nötig, auch wenn sie unangenehm sind.

Andrea Heger (EVP) wiederholt, was einige gesagt haben: Es wird und wurde viel getan und man ist dran. Das ist schön, aber es reicht nicht. Es muss noch mehr getan werden. Die Finanzen für die Umsetzung des Energiegesetzes fehlen. Deshalb braucht es eine andere Lösung.

Zur Schulzeit-Freizeit der Klimademonstrierenden: Die Diskussion führt die Rednerin zu Hause. Sie müssen in der Freizeit gehen, weil ihnen ansonsten gewisse Personen vorwerfen, sie wollen nur schwänzen, die Demonstrationen seien gar nicht so wichtig. Darum geht es nicht, es ist den Jugendlichen wirklich wichtig. Weiter wurde gesagt: Sie sind bequem und wollen nicht verzichten. Das mag für gewisse zutreffen, aber viele andere wollen Vegetarier werden oder sonst Zeichen setzen. Jedes kleine Zeichen zählt.

Es wurde gesagt, die Jugendlichen müssen Lösungen bringen – wenn nicht, wird nichts getan. Die Bevölkerung sagt, welches ihre Bedürfnisse sind. Die Politiker müssen das aufnehmen. Das gibt es auch in anderen Bereichen.

Es wurde gesagt, die Welt müsste etwas tun. Sollen die Jugendlichen etwas tun, muss auch die Politik etwas tun und weltweit Einfluss nehmen. Es braucht beides. Bei der SVP sind gewisse ambivalente Strömungen dabei. Die SVP schaue weltweit – sie denkt global, dazu kommt das Agieren, das lokal ist – so sollte es angepackt werden. Dazu ein Gedicht von Kurt Marti:

«wo chiemte mer hi wenn alli seite wo chiemte mer hi und niemer giengti für einisch z'luege wohi dass mer chiem we me gieng.»

Was bedeutet eine Resolution? Es brauche Lösungen, wurde gesagt. Die Resolution ist ein Grundsatzentscheid, danach muss ausgehandelt werden, was im Sinne der Resolution ist und wie man handeln muss.

Zu den vier Punkten: Punkt 3 ist der schwierigste. Der Weltklimarat ist Auftraggeber der IPCC, und die Schweiz ist Mitglied, folglich steht sie dahinter. Deshalb kann diesem Punkt zugestimmt werden.

Für **Stephan Ackermann** (Grüne) ist es nicht so wichtig, ob die Resolution verabschiedet wird oder nicht. Wichtig ist, wie gehandelt wird. Der Redner rechnet mit der Unterstützung aller Redner, wenn es konkret wird. Es ist gefährlich, nicht zynisch zu werden. Eine Bemerkung: War bekannt, dass das Bügeln eines Hemds so viel Energie braucht wie 300 Google-Anfragen?

Zum Vorschlag der FDP: Die Formulierung eines Texts ist eine Herausforderung. Zum roten Bereich hat der Redner eine Frage: Das Energiegesetz ist aus dem Jahr 2016 – inwieweit sind die Verpflichtungen, welche die Schweiz mit dem Pariser Klimaprotokoll eingegangen ist, darin berücksichtigt? Müsste das Gesetz angepasst werden, damit es diesen Forderungen entspricht? Ein Vorschlag für die FDP: Könnten die weiteren Punkte zum Energieverbrauch etc. nicht gestrichen werden, bis der Text wieder schwarz ist? Die sind nicht nötig.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) geht vom ursprünglichen Text der Jugendlichen aus. Das Energiepaket wird durch diesen nicht in Frage gestellt, sondern sollte dadurch Rückenwind erhalten. Ein Ja zum Klimanotstand heisst: Die Klimaerwärmung wird als akutes Problem anerkannt. Die Rednerin nimmt auf der Strasse wahr, dass die Anliegen der Jugendlichen immer stärker werden. Sie als Parlamentarierin möchte ihnen zeigen, dass die Anliegen ernst genommen werden. Als Parlamentarierin ist sie auch bereit, konstruktive und griffige Lösungen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses mitzudenken, anzuschieben und umzusetzen. Offenbar besteht in diesem Raum ein sehr grosses Know-how, das auch genutzt werden kann.

Ein zentraler Punkt ist, dass nicht nur die Wirtschaftlichkeit das Mass aller Dinge sein soll. Die Klimaverträglichkeit soll neu die leitende Grösse sein. Das bedeutet nicht, dass die Wirtschaftlichkeit nicht auch wichtig ist. Darin sieht die Rednerin eine grosse Chance. Nach der Klimabewegung heisst es: Machen ist wie wollen, nur krasser. So soll auch der Landrat «ja» sagen und beginnen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) kann das Statement von Rolf Blatter nicht unwidersprochen lassen. Der Redner kann nicht akzeptieren, dass die Jugendlichen, die sich seit Wochen und Monaten für das Anliegen einsetzen, als konsum-, fluggeil, verantwortungslos und in der Sache nicht kompetent dargestellt werden. Das wird dem Anliegen nicht gerecht. Für die Zusammenarbeit in konkreten Anliegen ist der Redner gern bereit. Im Übrigen gibt es durchaus Ansätze in der Mobilität, als Kanton etwas zu tun. Die Grüne Fraktion hat ein Klimapaket eingereicht, nicht mit Verbots-Vorstössen, wie der Fraktion dauernd vorgeworfen wird. Er hofft auf Unterstützung. Miteinander und mit echten Verhaltensänderungen und echten Interesse an der Thematik sich für ihre Zukunft einsetzen – für eine Zukunft, die noch dreimal so lange dauert wie die des Durchschnitts in diesem Saal. Das Anliegen verdient Würdigung. Der Redner bittet um Zustimmung zur Resolution.

Thomas Eugster (FDP) hält fest, der Klimawandel finde statt, und die Resolution fordere zum Handeln auf. Der Redner kommt auf den Vorschlag der FDP zurück. Möchte ein kantonales Parlament schnell vorwärts machen und den CO₂-Ausstoss reduzieren, so ist der grösste Hebel das Energiegesetz. Es steht alles drin, wurde gesagt. Aber es handelt sich um Zielsetzungen. Die erreicht man nicht ohne Massnahmen. Deshalb ist es so wichtig, und deshalb wurde der Resolutionstext geändert. Im Energiegesetz stehen ambitionöse Ziele. Die erreicht man so nicht. Es braucht zusätzliche Massnahmen. Bei diesem Punkt muss zuerst angesetzt werden. Die Mobilität findet auf nationaler Ebene statt. Neben der Eigenverantwortung, die auch einen grossen Impact hat, ist es der grösste Punkt, um anzusetzen. Die Resolution der FDP sollte unterstützt werden.

Felix Keller (CVP) hält fest, die Meinungen seien gemacht, man könne abstimmen. Der Redner macht beliebt, eine Resolution zu verabschieden. Das schuldet der Landrat der Jugend – als Zeichen, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Dafür braucht es 60 Stimmen. Es wird ziemlich schwierig sein, sechzig Stimmen zu erhalten. Der Redner hat Sympathie für die Variante FDP. Wichtig sind Ziele und diese können gemessen werden. Wichtig ist auch, dass der Regierungsrat laufend Bericht erstattet. Man muss sich selber Ziele setzen und prüfen, ob man auf dem richtigen Weg ist. Dann ist die Resolution griffig, ansonsten nicht. Man muss aufeinander zugehen und eine Lösung finden. Die CVP/BDP-Fraktion unterstützt beide Versionen: den Eingangsteil der ursprünglichen Resolution, mit dem roten Teil der FDP. Somit liegt eine Resolution vor, die eine Mehrheit finden sollte. Der Antrag ist, den blauen Text nicht zu streichen.

Stefan Zemp (SP) verweist darauf, dass es sich um eine Forderung der Jugend, also der Zukunft, handle. In die Bildung wird sehr viel investiert, aber jetzt sagt dasselbe Gremium, es sei Unsinn, was die Zukunft fordert. Es gibt ein griffiges Energiegesetz mit Zielen, und darauf verlässt man sich. Bis diese Ziele erreicht sind, ist keiner der Landräte mehr in diesem Saal. Der Redner hat 0,04 Kilowatt pro Person angenommen, und rechnet man noch etwas fürs Reden dazu, ergeben sich für die drei Stunden insgesamt ca. 8 Kilowatt. Die hätten gereicht, um den Raum klimaneutral zu heizen, lediglich mit der warmen Luft, welche die Landräte ausgestossen haben. Es ist eine Respektlosigkeit sondergleichen gegenüber den Leuten, die sich draussen Sorgen um die Zukunft machen. Hier heisst es: das Energiegesetz ist sakrosankt und die Lösung. Der Resolution ist zustimmen, alles andere geht nicht.

Anita Biedert (SVP) wünscht sich auch den Respekt vor den Jugendlichen, die nicht auf der Strasse sind. Die Rednerin hat mit jungen Leuten geredet, nicht nur mit Vollzeitschülerinnen und -schülern, sondern auch mit Lernenden. Die können es sich nicht leisten, auf die Strasse zu gehen, es sei denn, sie gehen in der Freizeit. Dies wünschte sich die Rednerin auch von den Vollzeitschülerinnen und -schülern. Nicht alle Jugendlichen sind auf der Strasse. Das Thema ist ernst zu nehmen. Es gibt ebenso viele Jugendliche, die die Haltung einnehmen: Die Zukunft ist problematisch, und sie sind bereit, etwas zu tun, aber auf eine Art und Weise, die wirtschaftlich verträglich und technologisch machbar ist. Man sollte nicht nur von einer Seite, den eher intellektuellen Jugendlichen, sondern auch von den Lernenden reden.

Florence Brenzikofer (Grüne) kommt auf die beiden Texte zurück. Die Forderungen der Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sind klar. Die jungen Klimaaktivisten haben ihre Forderungen nochmals mündlich deponiert, als sie am Montag den Preis entgegennahmen. Es geht darum, den Klimaschutz ernst zu nehmen. Beide Seiten wollen griffige Massnahmen. Aber der Landrat ist auch gefordert, erste Schritte zu tun. Der erste Schritt ist, den Text der jungen Menschen entgegenzunehmen. Es geht nicht darum, jetzt nach Kompromissen zu suchen. Der Landrat ist gefordert, Massnahmen zu treffen, was mit dem Energiegesetz geschehen soll. Der

Aufruf der Klimaaktivistinnen und -aktivisten sollte so überwiesen werden. Der Vorschlag der FDP ist kein Kompromiss, das kann ergänzend sein.

Georges Thüring (SVP) hat gedacht, er könne etwas lernen. Der Redner mag die Natur. Aber was er hier gehört hat – er schätzt die Jungen sehr – aber er hätte es nie geschätzt, als Schutzschild benützt zu werden. Die linke Seite nimmt die Jungen als Schutzschild, und wer der Resolution nicht zustimmt, ist schlecht. Der Redner ist kein schlechter Mensch, aber er kann dem nicht zustimmen.

Hansruedi Wirz (SVP) sagt, der Landrat könne seine Arbeit beurteilen, ob er genug, zu wenig oder gar nichts tut. Es ist eine Geringschätzung gegenüber den KMU, die seit Jahren in diesen Bereich sehr viel Geld investieren. Der Redner findet nicht in Ordnung, wenn die ausser Acht gelassen und so getan wird, als wäre in den letzten Jahren nichts gegangen. Es geht um KMU und Hauseigentümer, die in diesem Bereich viel investiert haben. Der Text der FDP ist relativ identisch mit dem Energiegesetz. Die KMU-Betriebe richten sich bei Neu-, Ausbauten und Renovationen danach. Das ist nicht nichts, und zu sagen, es sei nichts, ist auch nicht wertschätzend.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) führt aus, es sei nicht möglich, einfach nichts zu tun. Es gibt eine Möglichkeit, eine Lösung zu finden und einen Kompromiss zu schneiden. Alle wollen eigentlich ein Zeichen setzen. Die Jugend will gehört werden, und deswegen muss sie auch ernst genommen werden. Die Jugend engagiere sich nicht und sei politisch nicht aktiv, hiess es immer wieder. Nun tut sie es endlich mal, und das passt den Politikern auch nicht. Ist es zu verantworten, ohne Ergebnis auseinander zu gehen? Wie Felix Keller gesagt hat, sollte man einen Schritt aufeinander zu machen. Die Rednerin bittet um Zustimmung zum Kompromissvorschlag der CVP/BDP-Fraktion.

Dominik Straumann (SVP) sieht das anders. Der erste Schritt, der gemacht wurde, erfolgte mit der Verabschiedung des Energiegesetzes. Dieses ist vorbildlich, und dazu soll gemäss Vorschlag der FDP eine Bekundung erfolgen. Das ist nicht nötig. Der Landrat steht hinter dem Energiegesetz und setzt dieses um. Es braucht keine Kopie in Form der Resolution der FDP. Auch die andere Resolution braucht es nicht. Der Kurs, der vor zwei Jahren gestartet wurde, ist der richtige, und diesem soll eine Chance gegeben werden. Egal, was heute verabschiedet wird, es handelt sich wohl um die längste Debatte, die der Redner in den 15 Jahren erlebt hat, und die null Wirkung haben wird. Der Redner steht dafür ein, dass beide Vorschläge abgelehnt werden. Aber man soll heute Abend mit dem Vorsatz den Saal verlassen, das weiter umzusetzen, was im Gesetz verankert wurde.

Paul Wenger (SVP) findet es unfair und unsachlich, wenn Stefan Zemp seinen Gegnern Respektlosigkeit vorwirft. Eine andere Meinung zu haben ist kein Synonym für Respektlosigkeit. Der Votant bittet ihn, inskünftig auch andere Meinungen zu akzeptieren und derartige Begriffe zu unterlassen. Der Votant glaubt nicht wie Béatrix von Sury, dass eine Ablehnung einer Ohrfeige an die Jugendlichen gleichkommt. Die beiden Seiten trennen nun mal unterschiedliche Überzeugungen, was zu akzeptieren ist. Das ist in der Politik immer so. Der Votant fragt sich übrigens auch, ob all die Jugendlichen, die auf die Strasse gehen und ihre berechtigten Ängste zum Ausdruck bringen, überhaupt wissen, dass der Kanton ein Energiegesetz hat. Wissen die das? Wurden sie darüber unterrichtet, was darin steht und was der Kanton schon alles unternimmt?

Thomas Noack (SP) findet das Thema viel zu wichtig, um es dem Parteigeplänkel zu überlassen. Schlüsselthema ist die Reduktion des CO₂-Ausstosses. Von den Zielen, die man erreichen müsste, ist man meilenweit entfernt. Das Problem ist, dass alle irgendwelche Lösungen haben – rechte

und linke Lösungen. Die Diskussion zeigt, dass weder jene von rechts noch jene von links alleine ausreichen, um das Problem zu lösen. Deshalb ist es wichtig, dass der Resolution zugestimmt wird, im Sinne eines Bekenntnisses, dass zusammen nach Lösungen gesucht werden soll. Das ist keine Frage von links oder rechts. Es geht darum, dass man nun die Köpfe zusammensteckt und intensiv an diesem Thema arbeitet. Das Energiegesetz ist ein wichtiger Schritt. Es braucht aber viel mehr dazu.

Regina Werthmüller (parteilos) fragt sich, was man denn bei einem Ja verlieren könnte. Man verliert nichts, sondern gewinnt die Sympathie der Jungen auf der Strasse. Diesen vier Punkten kann man doch zustimmen! Es ist ein Papier, ein Bekenntnis. Wahre man doch sein Gesicht und gebe den Jungen eine Zukunft, indem man ihre Bemühungen anerkennt und der Resolution zustimmt. Es stimmt ja auch, dass schon viel gemacht wurde, wofür das Energiegesetz ein Beispiel ist. Man verliert überhaupt nichts – ausser das Gesicht, wenn jetzt nicht dazu Ja gesagt wird.

Rolf Richterich (FDP) konstatiert nach dieser langen Diskussion drei Punkte: Erstens kennt man die Instrumente des Landrats offensichtlich zu wenig gut. Florence Brenzikofer meinte, man müsse zustimmen, weil die Jugendlichen das gefordert hatten. Es waren aber Désirée Jaun und die Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner, die den Resolutionsentwurf hier eingebracht haben. Dazu kann der Landrat Ja oder Nein sagen. Oder er kann den Entwurf ändern. Es handelt sich eben nicht um eine Petition. Wenn die Jungen sich direkt an den Landrat wenden möchten, müssten sie eine Petition machen – so wie das von irgendwelchen Anspruchsgruppen immer wieder mal getan wird.

Zweitens ist es enttäuschend, dass man auf konkrete Fragen keine Antwort erhält. Saskia Schenker fragte, was unter dem Einbezug der Mobilität zu verstehen sei. Die Kandidatin Schweizer brachte diesen Punkt letztes Mal auf und sagte, dass dies integriert werden müsste. Heute hatten weder sie noch ihre Partei aber ausgeführt, wie das geschehen soll. In diesem Saal wird aber konkrete Politik gemacht. Wenn nichts Konkretes vorliegt, bringt das überhaupt nichts. Somit ist festzustellen, dass gar keine Vorstellungen dazu existieren. Damit existiert auch kein Anspruch, der sich in diesem Rahmen vorbringen lässt.

Drittens: Zur Resolution... [*überlegt lange*] – möchte er sich lieber nicht äussern. Nur so viel: Wenn man nun meint, man hätte am Schluss damit etwas gewonnen, dann hat man auch das Instrument der Resolution nicht begriffen. Wenn Regina Werthmüller fragt, was man bei einem Ja denn verliere, dann muss man konstatieren, dass sich die drei Stunden Diskussion nicht rentiert haben. Wenn hier nämlich eine Resolution verabschiedet wird, dann handelt es sich um eine Verpflichtung von mindestens 60 Landrätinnen und Landräten zu einem Thema. Dazu kann man aber niemanden verpflichten. Wenn sie eine andere Haltung dazu haben, sagen sie dazu eben Nein. Heute wird also der kleinste gemeinsame Nenner diskutiert. Wenn man sich nicht auf diesen Nenner einigen kann, ein Minimum, hinter dem alle stehen können, dann gibt es am Schluss eben nichts, keine Resolution. So what? Wo ist der Schaden, wenn es keine Resolution gibt? Der ist nirgends. Kein Milligramm CO₂ würde damit gespart. Schon gar nicht mit dieser Diskussion.

– *Frage des Abstimmungsverfahrens*

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) verzeichnete zu diesem Traktandum 42 Wortmeldungen. Dies ist wahrscheinlich ein Rekord – zumindest in Bezug auf eine Resolution.

Zum Verfahren: In einer Eventualabstimmung soll der Landrat bestimmen, ob er die eingereichte Resolution einer Detailberatung unterziehen möchte oder ob die beiden Fassungen (Resolution und Änderungsantrag der FDP) einander gegenübergestellt werden sollen.

Felix Keller (CVP) macht auf den CVP-Antrag aufmerksam, die FDP-Version zu übernehmen, darin aber den originalen Resolutionstext auf der ersten Seite (von «Die Schüler*innen...» bis «schnell zu handeln!») zu integrieren.

Klaus Kirchmayr (Grüne) meint, dass zuerst der Antrag der FDP-Fraktion gegen jenen der CVP ausgemehrt werden sollte. Anschliessend müsste der Landrat darüber abstimmen, ob der Landrat den Text als Ganzes oder mit Einzelanträgen behandeln soll. Ist er für eine Gesamtabstimmung, müsste man diesen Text der Resolution gegenüberstellen.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) sagt, dass die Variante Felix Keller diskutiert werden kann, wenn man sich in die Detailberatung begibt. Dort kann die CVP jene Punkte, die sie übernommen haben möchte, beantragen. Jene, die Teile des FDP-Textes übernehmen möchten, müssten konsequenterweise bei der Eventualabstimmung der Detailberatung den Vorzug geben.

Rolf Richterich (FDP) findet, dass man das auch anders sehen könne. Demnach hätte die CVP einen eigenen Resolutionstext vorgelegt. Somit müsste man die beiden Anträge (CVP und FDP) ausmehren. Der übrig gebliebene Text würde dann gegen die Resolution antreten. Dann bräuchte es auch keine Detailberatungen, weil es keine weiteren Anträge gibt.

Oskar Kämpfer (SVP) beantragt Schliessung der Rednerliste zum Abstimmungsverfahren. Weiter erlaubt er sich darauf hinzuweisen, dass in diesem Saal nur eine Person über das Vorgehen zu entscheiden hat: nämlich der Landratspräsident. Dieser hat bereits entschieden. Daran sollte man sich nun halten.

Felix Keller (CVP) möchte das Vorgehen von Klaus Kirchmayr und Rolf Richterich unterstützen. Erst soll über den CVP-Antrag entschieden werden. Dann soll die FDP-Version (allenfalls mit oder ohne den Zusatz) der ursprünglichen Resolution gegenübergestellt werden.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) lässt nun erst über das Prozedere abstimmen. Gegenübergestellt werden Detailberatung und Ausmehnung der beiden Resolutionstexte.

://: Der Landrat spricht sich mit 71:12 Stimmen dafür aus, die beiden Fassungen auszumehren, und verzichtet somit auf eine Detailberatung.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) lässt nun darüber abstimmen, welche der beiden Fassungen (ursprünglicher Resolutionstext und FDP-Version) zur finalen Abstimmung gebracht werden soll.

://: Der Landrat spricht sich mit 61:22 Stimmen für den ursprünglichen Resolutionstext aus.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) informiert, dass die Resolution in der nun folgenden Schlussabstimmung eine Mehrheit von Zweidritteln aller Ratsmitglieder, also 60 Stimmen, benötigt.

Regina Werthmüller (parteilos) bittet die FDP und die SVP, doch über ihren Schatten zu springen, ein Zeichen zu setzen und der Resolution zuzustimmen.

://: Mit 43:35 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird die Resolution zwar unterstützt. Weil ihr aber weniger als 2/3 der Mitglieder des Landrats zustimmen, kommt die Resolution nicht zustande.

